

- | | |
|--|---------------|
| 4. Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend
Reduktion der Anzahl Wahllokale von drei auf zwei | Geschäft 3233 |
| 5. Bericht des Gemeinderates betreffend
Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates
für die Jahre 2000-2006 | Geschäft 3246 |
| 6. Dringliche Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion,
betreffend Flughafenpolitik der Gemeinde Allschwil | Geschäft 3252 |
| 7. Bericht des Gemeinderates betreffend
Kenntnisnahme der Jahresrechnung 1998 für die Abfallbewirtschaftung | Geschäft 3137 |
| 8. Bericht des Gemeinderates betreffend
Waldbaulinienplan „Neuweilerstrasse Süd“; direkte Beratung | Geschäft 3235 |
| 9. Bericht des Gemeinderates betreffend
Steuerreglement der Gemeinde Allschwil vom 14.5.1986, Teilrevision;
direkte Beratung, 1. Lesung | Geschäft 3245 |
| 10. Bericht des Gemeinderates betreffend
Reglement für Kinder- und Jugendzahnpflege vom 27.5.1998, Teilrevision;
direkte Beratung, 1. Lesung | Geschäft 3236 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 vom 18. Oktober 2000

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Peter Humbel

BEGRÜSSUNG / MITTEILUNGEN DES PRÄSIDENTEN

Der Vorsitzende **Peter Humbel** begrüsst zur Plenarsitzung und gibt die Entschuldigungen bekannt. Speziell begrüsst er als Gast Nicole Schär, Lehrtochter im 2. Lehrjahr auf der Gemeindeverwaltung Allschwil.

- Mikrofonanlage im Plenarsaal: Aufgrund der Intervention von Hanspeter Frey anlässlich der Sitzung vom 6.9.2000 ist eine Offerte für die Ergänzung mit zusätzlichen Mikrofonen eingeholt worden; Kostenpunkt CHF 12'000 – 13'000. Aufgrund der relativ hohen Kosten will das Büro noch einige Plenarsitzungen abwarten; sollte dann immer noch Bedarf für zusätzliche Mikrofone bestehen, bittet er um Information. Das Büro wird in diesem Fall mit einem entsprechenden Begehren an den Gemeinderat gelangen.
- Die Teilrevision des Jugendmusikschulreglementes der Einwohnergemeinde Allschwil vom 14. Juni 2000 wurde von der Erziehungs- und Kulturdirektion des Kantons Basel-Landschaft mit Datum vom 11. September 2000 genehmigt.
- Eingabe von Budgetpostulaten: Diese sind unterzeichnet bis spätestens an der Plenarsitzung vom 8.11.2000 beim Büro einzureichen.

NEUE PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

24 01.060 Partnerschaften; Pfullendorf

Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Anpassung von § 61 (oeffentliches Amt oder Mandat) des Personal- und Besoldungsreglementes der Gemeinde Allschwil an die heutigen Begebenheiten, Geschäft 3251

25 06.097 Flugverkehr, Schutzverband, Forum

Dringliche Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Flughafenpolitik der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3252

Der Interpellant **Dr. Ivo Corvini** begründet die Dringlichkeit des Geschäftes 3252: die Fraktion hat die Interpellation am 16.10. unterschrieben und auf der Verwaltung am 17.10.2000 (nicht am 18.10.) eingereicht. Am 13.9.2000 ist in der BaZ ein Interview mit dem Präsidenten des französischen „District des trois frontières“, Roland Igersheim, erschienen. Darin kündigt er eine neue regionale, grenzüberschreitende Flughafenpolitik an. Auch spricht er über die erste Nachbarschaftskonferenz, welche am 29.9.2000 in Basel stattgefunden hat. – Vor einigen Tagen hat der Einwohnerrat Allschwil das Budget pro 2001 mit dem Ausgabenposten „Flughafen“ in der Höhe von Fr. 106'000 erhalten. Auch in den Legislaturzielen für die Jahre 2000 – 2006 konnte man lesen, dass der Gemeinderat die bisherige Flughafenpolitik weiterführen will. Die neue Politik Frankreichs, die auch ein Zusammenschluss von verschiedenen Elsässer Gemeinden und das Einsetzen von Gemeinde-Delegierten beinhaltet, hat Ivo Corvini veranlasst, das Thema noch vor der Budget-Beratung aufzugreifen. Er bittet um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Der Vorsitzende **Peter Humbel** fragt den Gemeinderat an, ob er in der Lage ist, die Interpellation zu beantworten. Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bejaht und weist darauf hin, dass die CHF 106'000 nicht erst anlässlich der Budget-Beratung vom Dezember 2000 zur Diskussion stehen werden, sondern bereits mit der Beratung des Geschäftes 3210B, Organisation zur nachhaltigen Durchsetzung von Massnahmen für den Erhalt der Standortqualität in Bezug auf den Luftverkehr, in welchem der Gemeinderat die weiteren Massnahmen im Einwohnerratam 8.11.2000 präsentieren wird.

://:

Die Interpellation 3252 von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend Flughafenpolitik der Gemeinde Allschwil wird mit grossem Mehr für dringlich erklärt und die Beratung im Anschluss an die Pause beschlossen.

BEREINIGUNG DER TRAKTANDENLISTE

Peter Humbel, Vorsitzender: Die Wahlgeschäfte 1-4 müssen, da einwohnerrätliche Kommissionen betroffen sind, bis zur Sitzung vom 8.11.2000 ausgestellt werden, da die Bestätigung der Nomination für die Nachfolge von Albert Styger vom Statthalteramt Arlesheim noch nicht vorliegt.

Felix Mensch beantragt namens der CVP/SVP-Fraktion die Absetzung des Geschäftes 3230, Postulat von Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, betreffend „Warum nicht eine Stiftung oder Genossenschaft Villa Guggenheim“ von der heutigen Traktandenliste. Seit Mai 2000 sei eine Kommission in dieser Sache tätig und ein entsprechender Bericht liegt dem Gemeinderat vor. Deshalb handelt es sich um eine laufende Angelegenheit, deren Resultat noch nicht bekannt ist. Bei Vorliegen des Berichts könnte es im Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll beraten werden.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, erkundigt sich, wie der Gemeinderat mit Informationen zu einem Geschäft, das nicht überwiesen ist, umgeht?

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, plädiert für Stehenlassen und die Ueberweisung des Postulates, damit der Gemeinderat prüfen und berichten kann.

Dr. Ivo Corvini unterstützt das Votum Mensch. Es handelt sich um ein laufendes Verfahren. Eine Ueberweisung bedeutet einen Auftrag an den Gemeinderat, welchen er ja zur Zeit noch nicht erfüllen kann.

://: Traktandum 8, Postulat 3230, wird mit 18:13 Stimmen von der heutigen Traktandenliste abgesetzt.

26 01.024 Wahlbüro

**Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Mitglieds der SD-Fraktion in das Wahlbüro für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.06.2004),
Geschäft 3243**

Seitens der SD-Fraktion liegt folgende Nomination vor:

Hanspeter Mohler.

Weitere Nominierungen werden nicht eingereicht.

://:

Auf Antrag des Vorsitzenden wird für die beiden Wahl-Geschäfte 3243 und 3244 Stille Wahl beschlossen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Vertreter der SD-Fraktion für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2004) in das Wahlbüro gewählt:

- Hans-Peter Mohler, Gartenstrasse 35, Allschwil.

Mitteilung an:

- Hans-Peter Mohler, Gartenstrasse 35, Allschwil (als Wahlanzeige)
- Luigi Ursig, Präsident Hauptwahlbüro
- Bruno Steiger, Präsident SD

**Wahl eines Mitglieds der SD-Fraktion in die Vormundschaftsbehörde für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004),
Geschäft 3244**

Seitens der SD-Fraktion liegt folgende Nomination vor:

Hanspeter Mohler.

Weitere Nominationen werden nicht eingereicht.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Vertreter der SD-Fraktion für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2004) in die Vormundschaftsbehörde gewählt:

- Hans-Peter Mohler, Gartenstrasse 35, Allschwil.

Mitteilung an:

- Hans-Peter Mohler, Gartenstrasse 35, Allschwil (als Wahlanzeige)
- Dr. Marcus Kellenberger, Präsident Vormundschaftsbehörde
- Bruno Steiger, Präsident SD

**Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, betreffend
Gemeinderätliche Handhabung der öffentlichen Stellenausschreibung, Geschäft 3234**

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** erläutert, dass das neue Personal- und Besoldungsreglement, in Kraft seit 1.7.2000, die öffentliche und interne Ausschreibung sämtlicher Stellen vorsieht. Da die betroffene Stelle im Juni 2000 zur Besetzung frei war, hat der Gemeinderat Gebrauch gemacht von der Ausnahmebestimmung des alten Personal- und Besoldungsreglementes vom 29.4.87, § 5, nämlich Besetzung durch Beförderung oder Berufung. Dieses Vorgehen wurde gewählt, weil durch eine Umstrukturierung die Abteilungen Sicherheit und Einwohnerkontrolle/Bestattungswesen zur neuen Hauptabteilung „Einwohnerdienste/Sicherheit“ zusammengelegt worden sind und diese aufgebaut werden muss. Damit Unsicherheiten betreffend inskünftige Anlaufstelle vermieden und Kontinuität gewährleistet werden konnten, hat der Gemeinderat die Hauptabteilungsleiter-Stelle intern besetzt, und zwar durch eine qualifizierte bisherige Mitarbeiterin. Der Gemeinderat kennt das neue Personal- und Besoldungsreglement und wird in Zukunft selbstverständlich jede Stelle ausschreiben, was gleichzeitig einen grösseren Aufwand für Inserate und mehr Informationen für die Öffentlichkeit bedeutet.

Der Interpellant **Dr. Ivo Corvini** ist nicht zufrieden mit der Beantwortung. Er verlangt Diskussion.

://:

Mehrheitlich wird Diskussion beschlossen.

Dr. Ivo Corvini: Bei den auf der Gemeindeverwaltung Allschwil ca. 300 beschäftigten Personen gibt es viele Wechsel. Bei der zur Diskussion stehenden Besetzung geht es um die Stelle eines Hauptabteilungsleiters, also um einen verantwortungsvollen wie auch bestbezahlten Posten. Gerade dieser Posten wurde aber nicht öffentlich ausgeschrieben. Bei der Beratung um das neue Personal- und Besoldungsreglementes im Rat vor ca. 1 Jahr wurde beschlossen, jede freie Stelle auszuschreiben; dies mit der Begründung, den neuen Grundsätzen von Transparenz und New Public Management gerecht zu werden. Dringlichkeit kann bei der Besetzung nicht bestanden haben, den die Gewählte tritt ihre Stelle erst am 1.11.00 an. Ivo Corvini stellt fest, dass auf der Gemeinde Allschwil Worte nicht Taten entsprechen. Der Gemeinderat kann – muss aber nicht - eine Stelle durch Berufung besetzen; diese Bestimmung ist aber 13 Jahre alt. NPM-Grundsätze und Transparenz wurden in diesem Fall nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat schreibt nach eigener Aussage 95 % der Stellen öffentlich aus. Bei der Besetzung eines wichtigen Hauptabteilungsleiterpostens hätte die Begründung, warum nicht öffentlich ausgeschrieben wird, bereits im Juni erfolgen sollen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält die neue Besetzung für eine unglückliche Wahl. Die gewählte Frau ist Mutter und hat eine Vollzeitstelle angenommen. Wurde dies gut überlegt? Es weist darauf hin, dass in diesem Fall die Karriere vor das Kind gestellt wird, was nicht sozial sei. Das Vorgehen des Gemeinderates hat ihn befremdet.

Olivier Rüeegg, SP-Fraktion: Der Gemeinderat hat diese Stellenbesetzung noch nach der alten rechtlichen Bestimmung vorgenommen und es gäbe einen Grund, weshalb der Einwohnerrat diese Bestimmung per 1.7.00 geändert hat. Nach neuer Regelung muss eine öffentliche Ausschreibung erfolgen und dies wird in Zukunft so praktiziert.

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit, teilt mit, dass sich der Gemeinderat rechtlich korrekt verhalten hat. Die sachliche Seite sieht sie so, dass eine sehr qualifizierte Person gefunden werden konnte, die auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Es handle sich im Uebrigen nicht um eine Vollzeitstelle, sondern um ein 80 %-Pensum. Die Versorgung des Kindes sei gewährleistet. Insgesamt sei dieser Entscheid aus ihrer Sicht also auch sachlich richtig.

Mark Aellen, SP-Fraktion, findet es unangebracht, jetzt die Personalpolitik zu diskutieren. Sein Vorwurf geht dahin, dass nicht dem neuen „Geist“ entsprochen worden ist. Jedoch hat der Gemeinderat genügend Gründe dargelegt, weshalb die Ausschreibung nicht erfolgt ist. Deshalb erübrigt sich eine weitere Diskussion.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, äussert sich dahingehend, dass der Gemeinderat auch anderen Kandidaten hätte eine Chance geben sollen. Theoretisch hätte sich eine Personen melden können, die ebenso – wenn nicht besser – geeignet gewesen wäre. Dies ein Grund, warum eine öffentliche Ausschreibung doch Sinn gemacht hätte.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, bemerkt, dass das Allschwiler Wochenblatt Stelleninserate gratis veröffentlicht und dies keine zusätzlichen Kosten verursacht hätte. Zum Votum von Nicole Nüssli: Es hätte auch rechtliche Begründungen gegeben, die eine Ausschreibung gerechtfertigt hätten, so z.B. die Grundsätze von NPM.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin: Der Aufbau der Abteilung Einwohnerdienste mit einem neuen sogenannten Einwohnerladen kann nicht erst am 1.11.2000 aufgenommen werden, sondern hat schon viel früher begonnen werden müssen. Im Uebrigen sind in den letzten 3-4 Jahren mehrere Stellen der Gemeindeverwaltung Allschwil auf diese Art und Weise, ohne öffentliche Ausschreibung, besetzt worden.

://:

Die Interpellation von Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, betreffend gemeinderätliche Handhabung der öffentlichen Stellenausschreibungen ist durch den Gemeinderat beantwortet und somit als erledigt abgeschrieben.

**Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend Reduktion der Anzahl Wahllokale von drei auf zwei,
Geschäft 3233**

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, nimmt wie folgt Stellung: Der Gemeinderat spricht sich gegen die Ueberweisung der Motion aus. Aus Sicht derjenigen Stimmbürger/innen, die nach wie vor persönlich an die Urne gehen wollen, wäre es falsch, ein Lokal zu schliessen. Von der Oeffentlichkeit wird immer verlangt, die Leute vermehrt zum Abstimmen zu bewegen. Durch die Schliessung eines Wahllokals müsste teilweise ein längerer Weg zur Urne in Kauf genommen werden. Eine Schliessung wäre also kontraproduktiv. Es könnte aber auch sein, dass sich eine Schliessung aus Kostengründen aufdrängt. Durch die gleichbleibende Anzahl Personen im Wahlbüro bleiben die Einsparungen (ca. CHF 1'500 bis 2'000) aber bescheiden. Die neue Gemeindeordnung legt drei Wahllokale fest. Eine Aenderung der Gemeindeordnung durch Volksabstimmung würde hohe Kosten (ca. CHF 15'000) verursachen. Die Allschwiler Verwaltung ist stolz darauf, lange Schalteröffnungszeiten zugunsten der Kundenfreundlichkeit anbieten zu können. Mit der Schliessung eines Wahllokals würde diese Schiene verlassen. Neue Entwicklungen, wie z.B. E-Voting, werden kommen, dann wird die Situation nochmals überdacht werden müssen. Aus diesen Gründen bittet der Gemeinderat um Ablehnung der GPK-Motion.

Dr. Ivo Corvini, ehemaliger GPK-Präsident, hält fest, dass es nicht um die Abschaffung der Urnen-Abstimmung geht und die finanziellen Einsparungen nicht das Argument der Motion sind.

In Allschwil gab es schon vor der Möglichkeit brieflich abzustimmen 3 Wahllokale. Diese wird zu 90 – 95 % genutzt. Es sei ein Luxus, weiterhin 3 Wahllokale anzubieten. Am Abstimmungswochenende sitzen jeweils 9 Mitglieder des Wahlbüros in den Wahllokalen und warten auf Stimmberechtigte. Drei dieser 9 Personen könnten im Hauptwahlbüro Lettenweg in dieser Zeit sinnvoll mit Ermittlung der Endresultate eingesetzt werden. Zur Schliessung in Frage käme nur das Wahllokal Bettenacker, weil dieses mit Abstand am wenigsten benutzt wird. Betreffend briefliche Stimmgabe: Die GPK hat dieses Thema auch im Amtsbericht pro 1999 aufgegriffen und ist ebenfalls daran interessiert, die Stimmbeteiligung zu verbessern. Sinnvollerweise sollte z.B. am Samstag vor einem Abstimmungssonntag zwischen 12.00 und 18.00 Uhr zusätzlich die Stimmgabe ermöglicht werden, was zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Dies ist kantonal geregelt, kann also nicht kommunal in Allschwil geändert werden. Der Votant gibt dieses Anliegen deshalb den im Landrat vertretenen Ratsmitgliedern mit. Keinesfalls soll der Vorstoss eine Einschränkung der Möglichkeit zum Abstimmen zur Folge haben. Es handle sich rein um eine Motion der Vernunft.

Alexandre Philipp gibt namens der FDP-Fraktion grundsätzliche Unterstützung der GPK-Motion bekannt. Jedoch sei das Anliegen jetzt noch verfrüht. Es sollen noch weitere Erfahrungen gesammelt werden. Allschwil sei so oder so immer bei den ersten Gemeinden, die in Liestal die Abstimmungsergebnisse abliefern.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, stellt fest, dass die Lokale Lettenweg und Bettenacker nahe beieinander liegen und der Bedarf bei Schliessung eines Lokals noch immer abgedeckt sei. Die Effizienz könnte aber gesteigert werden, indem die 3 durch eine Schliessung freierwerdenden Wahlbüro-Mitglieder bei der Auszählung im Hauptwahlbüro mithelfen könnten und dort somit weniger zusätzliche, freiwillige Wahlhelfer/innen eingesetzt werden müssten. Diese ergäbe eine Kosteneinsparung. Die SD-Fraktion unterstützt die GPK-Motion.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Erst vor kurzem hat das Parlament über die Gemeindeordnung beraten und damit das Angebot von drei Wahllokalen beschlossen. Eine diesbezügliche Aenderung nach so kurzer Zeit würde kaum verstanden. Die SP-Fraktion lehnt die Motion im heutigen Zeitpunkt ab.

Mark Oppliger, JUMP, glaubt nicht, dass Stimmbürger/innen verloren gehen, wenn ein Wahllokal geschlossen wird. Jedoch hält er die finanzielle Einsparung ebenfalls für gering. Aus diesem Grund will er abwarten, bis die Sachlage dieses Geschäftes klarer ist.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, hält das Argument, eine Aenderung der Gemeindeordnung sei aufwändig, für unsachlich; die geltende Gemeindeordnung sei bereits 2 Jahre alt. Der Gemeinderat könne zudem einen Abstimmungstermin in eigener Regie festlegen und mit den kantonalen oder eidgenössischen Terminen koppeln, damit der Aufwand klein bleibt. Die fehlende Diskussion über die Grösse des Wahlbüros gibt er zu, jedoch sei dies kein Argument, jetzt die Diskussion nicht trotzdem aufzunehmen. Der Gedanke, ein Wahllokal aufzuheben, sei der GPK durch die Aussage im Amtsbericht pro 1999 gekommen, dass 90 –95 % der Stimmberechtigten brieflich abstimmen.

://

Die Motion der Geschäftsprüfungskommission betreffend Reduktion der Anzahl Wahllokale von drei auf zwei wird mit 18:12 Stimmen abgelehnt.

**Bericht des Gemeinderates betreffend Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates für die Jahre 2000 – 2006,
Geschäft 3246**

Der Vorsitzende **Peter Humbel** leitet ein, dass es sich um ein rein strategisches Geschäft und nicht um ein operationelles handelt. Er bittet um Signale des Rates an den Gemeinderat betreffend der geplanten Massnahmen, und nicht um Detailinterventionen zu einzelnen Punkten. Die Beratung sieht er wie folgt vor: 1. Stellungnahme der Gemeindepräsidentin; 2. Stellungnahmen der Fraktionssprecher/innen zum Eintreten; 3. Schwerpunktmässige Diskussion des Berichtes.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion: Wie sieht die Detailberatung dieses Geschäftes aus?

Der Vorsitzende **Peter Humbel** schlägt vor, ab Seite 7 den Bericht Seite für Seite zu beraten.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** erläutert den Hintergrund des Strategiepapiers. Der Gemeinderat hat bewusst den Zeithorizont über das Ende der Amtsperiode hinaus gewählt, weil Entwicklungen frühzeitig geplant und aufgegleist werden müssen, jedoch nicht unbedingt nach vier Jahren abgeschlossen sind. 18 Leitideen sind entstanden, wie Allschwil als Gemeinde mit hoher Wohn- und Lebensqualität in den nächsten 6-8 Jahren aussehen soll: Einerseits für Allschwil als Gemeinde für die Bevölkerung, andererseits für Allschwil als Dienstleistungsbetrieb mit einem Auftrag der Bevölkerung. Der Gemeinderat hat die Ideen zusammen mit den Hauptabteilungen entwickelt. In einigen Bereichen werden lediglich Wege aufgezeigt, was zur Zielerreichung geprüft werden muss. Der Gemeinderat hat diesen Weg gewählt, um Transparenz in seiner Arbeit zu schaffen und damit Ratsmitglieder auch ihre Sichtweise einbringen und eingreifen können. Es sei auch ein Arbeitsinstrument für den Gemeinderat, eine Richtlinie für das Alltagsgeschäft und ein Führungsinstrument, an welches die Jahresziele geknüpft werden. Auch wird die Arbeit des Gemeinderates durch dieses Papier messbar. In der Mitte und am Ende der Periode wird ein Rechenschaftsbericht vorgelegt. Für die Ratsmitglieder soll diese Planung ein Instrument sein, die Arbeit des Gemeinderates kritisch und konstruktiv zu begleiten. Ruth Greiner bittet um Kenntnisnahme des Berichts 3246.

EINTRETENSDEBATTE

Jean-Jacques Winter, namens der SP-Fraktion, hält den Bericht für übersichtlich, offen, informativ und erfreulich. Die offene Information des Gemeinderates wird begrüsst und darf auch erwartet werden. Besonders geschätzt wird der erweiterte Zeithorizont über das Ende der Legislatur hinaus. Der Bericht fordert die Parlamentarier/innen aber auch zum Eingreifen auf und zur Schaffung von Verbindlichkeiten. Der Sprechende nennt ein Beispiel, bei dem er sich mehr Mut vom Gemeinderat wünscht. Betreffend Sportanlagen ist im gemeinderätlichen Bericht die Planung einer 2-fach-Turnhalle genannt. Hier scheint ein Zeithorizont von 6 Jahren zu vorsichtig. In dieser Zeit könnte nach der Meinung von Jean-Jacques Winter konkret gehandelt werden. In der SP-Fraktion wurde die Richtung des Gemeinderates verstanden. Das Papier hat Freude ausgelöst, Erwartungen geweckt und zeigt, dass Allschwil lebt.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion: Die Fraktion hat sich mit dem Bericht sehr intensiv befasst. Sie erachtet es als wichtiges Geschäft, weil es dem Einwohnerrat aufzeigt, welche Schwerpunkte der Gemeinderat in den nächsten 6 Jahren setzt. Andererseits ist die Meinungsäusserung dazu auch für den Gemeinderat wichtig. Die Fraktion bedauert, dass das Papier nur kurz zur Vorberatung zur Verfügung gestanden hat. Dies wird der Wichtigkeit des Anliegens nicht ganz gerecht. Die Wichtigkeit wird aber durch den Antrag auf lediglich „zur Kenntnisnahme“ auch wieder relativiert. Ein Ja zur Kenntnisnahme bedeute nicht, dass man mit allen Punkten einverstanden sei. Zur Titelaussage „Allschwil ist eine städtische Grossgemeinde“ hält der Votant fest, dass Allschwil – abgesehen von der Einwohnerzahl - mangels Zentrumsfunktion keine Stadt ist. Deshalb sei dieser Ausdruck leicht übertrieben. Die Aussage „Allschwil ist ein Unternehmen“ hat eine gewisse Berechtigung, so weiter Ivo Corvini. Jedoch warnt er davor, Allschwil mit einem privaten Unternehmen gleichzusetzen. Es müssen Grundsätze wie Demokratie und Willkürverbot im Vordergrund stehen. Die CVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, begrüsst und befürwortet namens der Fraktion den Bericht. Er wird sich in der Detailberatung zu einzelnen Punkten äussern.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann nicht allen Punkten des gemeinderätlichen Berichtes zustimmen. Er warnt davor, ungezügelter Begehrlichkeiten gewisser Kreise zu wecken oder gar zu fördern. Abschliessend hält er fest, dass das Wohl der Allgemeinheit vor dem Wohl der Vereine steht. In der Detailberatung will er zu einzelnen Punkten Stellung nehmen.

://
Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

1. Infrastruktur

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, äussert sich zufrieden darüber, dass die Sanierung der Kreuzung Baslerstrasse / Grabenring angesprochen wird, glaubt aber nicht an deren Realisierung. Schon vor 4 Jahren wurde eine entsprechende Motion eingereicht, die bis heute ohne Auswirkungen blieb. Die Lösung müsse unabhängig vom Coop-Projekt bleiben. Er bitte um prioritäre Behandlung dieser Massnahme.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist nicht damit einverstanden, dass die Gemeinde preisgünstigen Wohnraum realisieren will. Für gewisse Privatpersonen sei dies ein Versprechen, das nicht eingehalten werden kann. Beim Bereich „Verkehrssituation im Bereich Individualverkehr verbessern“ interveniert er gegen die Park- and Ride-Anlage bei der französischen Landesgrenze; dies sei Sache von Frankreich und müsse auf französischem Boden eingerichtet werden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, macht beliebt, bezüglich des Veranstaltungssaales nicht die Quartierplanung sondern die Planung und Ausführung im Zeithorizont von 3-4 Jahren in Angriff zu nehmen. Dasselbe gilt für die Sportanlagen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, bittet die Ratsmitglieder um kurze Voten.

2. Oeffentliche Einrichtungen

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, stellt fest, dass sich die Sauberkeit in den Tramhäuschen sowie die Gestaltung der oeffentlichen Blumenrabatten in den letzten Monaten erfreulich verbessert hat. Die Fraktion regt weiter an, in Allschwil eine Weihnachtsbeleuchtung zu installieren und das störende Tramhäuschen im Dorf zu überdenken.

Betreffend Sucht-, Gewalt- und Vandalismusprävention hält er den Ausdruck „vorbeugen“ durch Gassenarbeit nicht für richtig, das Problem könne lediglich gelindert werden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, bemängelt, dass trotz aller Bemühungen nicht auf jeder Tramstation ein geschlossener Abfallkorb angebracht werden konnte, der das Deponieren von Haushaltabfall verhindert. Dies wäre auch für die Gemeindeangestellten eine Erleichterung ihrer Arbeit. Bezüglich Präventionsmassnahmen müssten die Täter seiner Meinung nach härter, d.h. mit einer Null-Toleranz, angefasst werden. Ein Gassenarbeiter sei unnötig und verursacht nur Kosten.

3. Naherholungs- und Waldgebiet

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, bemerkt, dass viel getan wird für den wichtigen Allschwiler Wald, damit das Naherholungsgebiet erhalten bleibt. Er wünscht sich aber mehr Mitspracherecht und Kritikfähigkeit bei Entscheidungen von kantonalen Seite.

4. Kultur und Sport

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält Kultur grundsätzlich für eine Privatsache. Die Erarbeitung von Richtlinien für Subventionen erscheint ihm deshalb als dringlich, damit das Giesskannenprinzip abgelöst werden kann. Er empfiehlt massvolle Infrastrukturangebote für Organisationen und bittet den Gemeinderat, hierbei sein Angebot einzuschränken.

Dr. Ivo Corvini teilt mit, dass die CVP/SVP-Fraktion ganz hinter der Unterstützung von sportlichen und kulturellen Aktivitäten steht. Jedoch wurden seiner Meinung nach die äusserst wichtigen kirchlichen Aktivitäten vergessen. Die Kirchen seien in der Jugendbetreuung führend und spielen auch in der Asylantenbetreuung eine wichtige Rolle. Die kirchlichen Interessen in Allschwil müssen zu Gunsten des allgemeinen Wohls unterstützt werden und seien ein wichtiger Beitrag. Betreffend Vereinsaktivitäten fordert er die ganzjährige Nutzbarmachung des Mühlstalls als Durchführungsort von kulturellen Aktivitäten.

5. Schulangebot

Kein Wortbegehren.

6. Einwohnerinnen- und Einwohner, Hilfeleistungen

Kein Wortbegehren.

7. Sicherheit

Kein Wortbegehren.

8. Kommunale Wirtschaft

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob auch die Steuersätze von natürlichen Personen überprüft werden. Dies sollte - nebst den juristischen - unbedingt gemacht werden. Ebenfalls erkundigt er sich nach den Fürsorgesteuer-Ansätzen. Es wurde versprochen, bei einem Rückgang der Fürsorgefälle den Steuersatz in den nächsten Jahren zu senken.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** nimmt die Ergänzung betreffend Ueberprüfung des Steuersatzes für natürliche Personen entgegen. Dieser steht im Zusammenhang mit dem Satz für die Fürsorgesteuer. Bei der Fürsorge besteht zur Zeit ein Soll-Zustand, jedoch ist die Anzahl Fälle noch nicht abnehmend. Es ist aber denkbar, dass die Fürsorgefälle in den nächsten Jahren abnehmen, die Arbeitslosenzahlen sind bereits sinkend. Trifft diese Situation ein, wird der Satz für die Fürsorgesteuer überprüft. Es wird aber noch einige Zeit gehen, bis sich diese Situation auf die Rechnung auswirkt.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, fragt sich, ob die im Bericht 3246 geplanten Massnahmen eine Erhöhung des Personalbestandes zur Folge haben? Er bittet den Gemeinderat, die Entwicklung der ständig steigenden Personalkosten im Auge zu behalten.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, nennt den Erhalt der Standortattraktivität von Allschwil als sehr wichtige Massnahme.

9. Flughafen Basel-Mülhausen

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion: Das Problem Flugverkehr muss nicht nur zwischen Allschwil und den Flughafenverantwortlichen, sondern vermehrt auch regional angegangen werden. Es sollen auch neue Strukturen geprüft und angestrebt werden. Die Schaffung einer Anlaufs- und Informationsstelle für die Bevölkerung wird in Frage gestellt.

10. Oeffentliche Verkehrsmittel

Kein Wortbegehren.

11. Regionales Strassennetz

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, vermisst Massnahmen zur Verkehrsentlastung im Dorfkern: Hier muss unbedingt eine Lösung realisiert werden.

12. Führung

Kein Wortbegehren.

13. Entwicklungen

Kein Wortbegehren.

14. Personal-, Finanz- und Leistungsmanagement

Kein Wortbegehren.

15. Regionale Zusammenarbeit

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, hält diesen Punkt für sehr wichtig. Die Zusammenarbeit müsste jedoch noch erweitert werden: einerseits wegen deren Wirkung, andererseits wegen möglicher Kosteneinsparungen (z.B. Bereich IT).

16. Angemessene Politik

Kein Wortbegehren.

17. Finanzpolitik

Kein Wortbegehren.

18. Information

Kein Vorbegehren.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bedankt sich für die positive Aufnahme des Berichtes. Der Gemeinderat wird die Anregungen des Rates aufnehmen und bei der Realisierung der Massnahmen einbringen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird mit grossem Mehr von der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates Allschwil für die Jahre 2000 / 2006 Kenntnis genommen.

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES -

**Dringliche Interpellation von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion, betreffend
Flughafenpolitik der Gemeinde Allschwil,
Geschäft 3252**

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bestätigt, dass die französischen Gemeinden sich zwecks Stärkung ihres Anliegens, die Bekämpfung des zunehmenden Flugverkehrs, zusammengeschlossen haben. Der Zusammenschluss kann mit der Verbindung zwischen dem Schutzverband und seinen Mitgliedergemeinden verglichen werden. Auch von der Task Force und der deutschen Seite wird das Problem auf diese Weise angegangen. Im Kantonsparlament werden ebenfalls Vorstösse bezüglich Flugverkehr eingereicht.

Zu den Fragen: Die Nachbarschaftskonferenz soll eine parlamentarische trinationale Begleitkommission für alle Fragen, die grenzüberschreitend (CHF, F, D) auftreten, sein. Der Grundgedanke kommt aus Basel und wurde vom Grossen Rat Basel-Stadt aufgenommen. Federführend ist die Regiokommission. Je 15-25 Vertreter/innen von F, D und den Kantonen BS und BL gehören der Nachbarschaftskonferenz an. An der ersten Sitzung vom 29.9.2000 wurden diverse grenzüberschreitende Themen diskutiert, u.a. auch der Flugverkehr. Dazu wurde eine Resolution verabschiedet mit dem Inhalt, dass der Flugverkehr für die ganze Region eine Belastung darstellt. Folgende Forderungen wurden gestellt:

1. Die strikte Einhaltung der Nachtruhe von 22.00 – 07.00 Uhr
2. Keine Standläufe im Freien
3. Eine zielstrebige Eliminierung lärmintensiver Maschinen
4. Rücksichtsvolle Start- und Landeverfahren
5. Keine unbegrenzte Entwicklung
6. Mehr Transparenz sowie frühzeitige und offene Information.

Die Nachbarschaftskonferenz wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, die das Thema weiterverfolgt. Diese ersetzt aber nicht die Arbeit der Task Force des FORUMs oder den Schutzverband, weil es sich um ein politisches Gremium handelt, dessen Vorstand nur 3-4 x jährlich tagt und das Plenum 1-2 x. Es kann also unsere Bemühungen nicht ersetzen, war aber eine Gelegenheit, das Thema Flugverkehrsbelastung erstmals grenzüberschreitend zu formulieren. Die Gemeinde Allschwil ist in der Nachbarschaftskonferenz durch Ruth Greiner (Mitglied des Vorstandes) und Gemeinderätin Beatrice Fuchs vertreten. Gemeinde Allschwil.

Zur Aenderung der Flughafenpolitik: Der regionale Gedanke ist keine neue, sondern eine Grund-Idee. Kontakte zur deutschen und französischen Seite bestehen bereits. In der Plenarsitzung vom 8.11.2000 wird der Gemeinderat dem Rat einen Bericht zum Thema Flugverkehr unterbreiten, welcher auch einen Tätigkeitsbericht der Task Force enthält und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenfalls anspricht. Die regionale Zusammenarbeit ist also keinesfalls ein neuer Gedanke, aber auch in Allschwil muss die Situation verbessert werden. Dies geht nicht ohne die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten; nicht zuletzt um das gegenseitige Ausspielen der verschiedenen Organisationen durch den Flughafen zu vermeiden. Aus diesen Gründen sieht der Gemeinderat keine Veranlassung, seine „Flughafenpolitik“ zu ändern.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber**, Präsident FORUM, stellt sich die Frage, wo unsere Region beginnt und wo sie endet. Das Problem Flugverkehr ist seiner Ansicht nach kommunal, die Lösung muss aber regional gesucht werden. Eine schwierige Aussage, die Konsequenzen mit sich zieht. Allschwil, Binningen und Schönenbuch sind sicher am meisten vom Flugverkehr im Kanton Basel-Landschaft betroffen. Alle anderen weiter weg liegenden Gemeinden sind weniger betroffen und deshalb auch weniger für eine Zusammenarbeit zu motivieren. Eine Regionalisierung gestaltet sich relativ schwierig. Die Gemeinde Binningen z.B. will aufgrund von Interessenkonflikten nicht mehr mitmachen. Das FORUM, d.h. die Task Force, hat enorm viel in Sachen Regionalisierung unternommen, auch grenzüberschreitend. Sie hat auch mit diversen Mitgliedern des Landrates zusammengearbeitet und 3 politische Vorstösse werden demnächst im Kantonalparlament behandelt. Auch auf Bundesebene liegen weitere Vorstösse bezüglich Flugverkehr vor. Das FORUM vertritt mit bestimmter Vehemenz die Allschwiler Interessen; der SV fasst die Gemeinden unter sich zusammen. Trotzdem ist die Zusammenarbeit gewährleistet. Dr. Anton Lauber ist der Ansicht, dass damit die letzten Zweifel betreffend regionaler Zusammenarbeit in Sachen Flugverkehr ausgeräumt sein sollten.

Dr. Ivo Corvini beantragt Diskussion.

://:

Diskussion wird mehrheitlich beschlossen.

Der Interpellant **Dr. Ivo Corvini** hat durch das Interview in der BaZ zum ersten Mal festgestellt, dass regional Lösungen bezüglich Flugverkehr gesucht werden. Es handelt sich um neue Ideen, die er sehr positiv wertet. Bisher wurde zu wenig in diese Richtung gearbeitet; die Bemühungen beschränkten sich auf die kommunale Ebene. Jetzt müssen gemeinsame Nenner gefunden werden. Die Initiative muss weiterhin von Allschwil als meistbetroffene Gemeinde kommen, jedoch sollen nicht nur

Sitzungen abgehalten werden. Das Thema muss auf eine Schiene gebracht werden. Die jetzige Flughafenpolitik hat nichts erreicht, und für diese sollen nun wiederum CHF 106'000 im Budget 2001 gesprochen werden.

Ruth Greiner ist empört über diese Aussage. Das Thema Flugverkehr ist äusserst heikel und schwierig anzugehen, Erfolge schwer zu erzielen. Die gemachte Aeusserung von Ivo Corvini, es sei nichts gemacht worden, sei stillos. Sie bittet den Rat, die Diskussion abzubrechen und bei der Beratung des Berichtes 3210B anlässlich der Plenarsitzung vom 8.11.2000 weiterzuführen.

Dr. Ivo Corvini präzisiert, dass er nicht fehlende Aktivitäten bemängelt hat, sondern fehlende Resultate. Dafür hätte man keine Sitzungen mit den Nachbarländern abhalten müssen.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** macht klar, dass der Staatsvertrag mit Frankreich bezüglich Flughafen nicht kurzfristig auf den Kopf gestellt werden kann. Es sei schade, hier zu behaupten, das nichts erreicht worden ist. Man müsse sich am Machbaren orientieren, denn alles andere sei unglaubwürdig.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, arbeitet neu im FORUM mit. Er erinnert, dass der finanzielle Beitrag für das FORUM resp. die Task Force vom Einwohnerrat beschlossen worden ist. Allschwil hat sich als Gesprächspartner in Sachen Flugverkehr in der Region sehr wohl bemerkbar gemacht und ist eingebunden. Dafür spricht er dem Gemeinderat, dem FORUM und der Task Force ein Lob aus.

://:

Die Dringliche Interpellation, Geschäft 3252, ist durch den Gemeinderat beantwortet und somit als erledigt abgeschrieben.

32 13.100 Abfallbewirtschaftung

Bericht des Gemeinderates betreffend Kenntnisnahme der Jahresrechnung 1998 für die Abfallbewirtschaftung, Geschäft 3137

EINTRETENSDEBATTE

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nimmt die defizitäre Abfallrechnung nicht mit Freude entgegen. Die Begründungen für das Defizit seien fragwürdig. Die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Abfallbewirtschaftung werde durch den - sehr guten - Info-Kalender und das Umwelttelefon doppelt betrieben. Die Kompostberatung erachtet er als unnötig. Diese Informationen könnten schriftlich erworben werden. Die Verwaltung, insbesondere der Bereich Abfallbewirtschaftung, sei in Allschwil aufgebläht und könnte rationeller gestaltet werden.

Die SD-Fraktion kann der Abfallrechnung pro 1998 nicht zustimmen und wird sich der Stimme enthalten.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, beantragt, jetzt die Abstimmung über die Kenntnisnahme der Abfallrechnung 1998 ohne weitere Diskussionen vorzunehmen.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, ist froh, dieses Geschäft heute zu einem sauberen Abschluss bringen zu können.

//:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird mit 25 : 2 Stimmen von der Jahresrechnung 1998 für die Abfallbewirtschaftung Kenntnis genommen.

33 11.121 Baugesuche/Bauanfragen

**Bericht des Gemeinderates betreffend Waldbaulinienplan „Neuweilerstrasse Süd“; direkte Beratung;
Geschäft 3235**

EINTRETENSDEBATTE

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, erachtet den Wald als schützenswert. Schneisen zu schlagen sei schädlich. Es handle sich um einen speziellen Fall, wenn die Waldbaulinie auf 20 m festgelegt wird. Wenn die Grundstückseigentümer die Linie auf 10 m festlegen wollen, sei dies korrekt, denn diese sollen nicht mit einer Entwertung ihres Grundstücks gestraft werden. Eine Mehrheit der SP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Im Uebrigen würde er begrüssen, wenn sich im Bericht des Gemeinderates eine genauere Begründung für die abweichende 10 m-Linie fände.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, ist für Eintreten, nachdem keine Einwände der Betroffenen vorliegen.

Hanspeter Frey, namens der FDP-Fraktion, spricht sich ebenfalls für Eintreten und die Gutheissung der beiden gemeinderätlichen Anträge aus.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist für Eintreten auf Geschäft 3235.

DETAILBERATUNG

Christoph Morat, SP-Fraktion, nimmt an, dass das rechtliche Verfahren korrekt durchgeführt worden ist. Er gibt aber zu bedenken, dass mit der Zustimmung zum Waldbaulinienplan „Neuweilerstrasse Süd“ eine Präjudiz geschaffen werden könnte. Welche Auswirkungen könnte die Zustimmung haben? Könnte es sich bei den Eigentümern um Spekulanten handeln, die eine grossartige Ueberbauung planen? Nicht zuletzt wurden die 20 m Abstand von der Waldbaulinie geschaffen, um die Natur und die Lebewesen im Wald zu schützen.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau, geht ebenfalls davon aus, dass das Walderkennungsverfahren korrekt durchgeführt worden ist. Eine Waldbaulinie muss dann gezogen werden, wenn eine Parzelle überbaut wird, in diesem Fall Parzelle 1426. Es handelt sich nicht um ein Spekulationsobjekt, weil der jetzige Eigentümer sein bestehendes Haus abbricht und die Parzelle neu überbaut. Eine 10 m-Waldbaulinie wurde gewählt, damit die Parzelle bestmöglich überbaut werden kann. Mit einer 20 m-Linie wäre dies nur noch zur Hälfte möglich. Roman Meury hält die gefundene Lösung für sinnvoll. Es sei das gute Recht des Besitzers, diese Parzelle zu überbauen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält fest, dass gesundes Waldgebiet einen vorgelagerten Buschbereich benötigt. Es gilt bei solchen Planungen die verschiedenen Interessen abzuwägen. Eine ausschliessliche Betrachtung aus der Sicht des Eigentümers ist fraglich. Die Behörden haben auch den Auftrag die Natur zu schützen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird mit grossem Mehr wie folgt beschlossen:

- a) Dem Waldbaulinienplan ‚Neuweilerstrasse Süd‘ mit einer Baulinie im Abstand von 10 m zum Waldrand wird zugestimmt.
- b) Dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft wird die Genehmigung des Waldbaulinienplanes ‚Neuweilerstrasse Süd‘ beantragt.

34 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

Bericht des Gemeinderates betreffend Steuerreglement der Gemeinde Allschwil vom 14.5.1986, Teilrevision; direkte Beratung, 1. Lesung; Geschäft 3245

EINTRETENSDEBATTE

Kurt Kneier, namens der CVP/SVP-Fraktion, stimmt der durch die Umstellung von der 2-jährigen auf die 1-jährige Steuerveranlagung notwendig werdenden Aenderung des Allschwiler Steuerreglementes von § 5 Absatz 2 zu.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten, gibt **Jean-Jacques Winter** bekannt.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, ist für Eintreten und stimmt der Teilrevision zu. Betreffend gemeinderätlicher Antrag im Bericht 3245 beantragt er, das Wort „revidiertes“ durch „teilrevidiertes“ Steuerreglement zu ersetzen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erkundigt sich bezüglich bisheriges Fälligkeitsdatum (§ 7) 31.10. des Steuerjahres. Er geht davon aus, dass die Fälligkeit der Akontozahlung neu bei der einjährigen Veranlagung für das Veranlagungsjahr gilt, also dann, wenn die definitive Veranlagung vorliegt. Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** bestätigt dies.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, bedauert grundsätzlich die Umstellung auf die einjährige Steuerveranlagung, akzeptiert aber den entsprechenden Volksentscheid. In diesem Sinne stimmt er der Teilrevision zu.

DETAILBERATUNG

§ 5 Verbindlichkeit der Staatssteuerveranlagung / Akontozahlung

Absatz 2

Im Steuerjahr wird eine Akontozahlung erhoben. Grundlage dafür sind die Zahlen der letzten Veranlagung oder der mutmassliche Steuerbetrag für das laufende Steuerjahr. Im übrigen gelten die Bestimmungen für die Staatssteuer sinngemäss.

Der Vorsitzende **Peter Humbel** gibt bekannt, dass der Antrag von Alex Horisberger betreffend Aenderung des gemeinderätlichen Antrages anlässlich der 2. Lesung behandelt wird.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird die Teilrevision des Steuerreglementes (§ 5 Abs. 2 Verbindlichkeit der Staatssteuerveranlagung / Akontozahlung) in erster Lesung beraten.

35 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

Bericht des Gemeinderates betreffend Reglement für Kinder- und Jugendzahnpflege vom 27.5.1998, Teilrevision; direkte Beratung, 1. Lesung; Geschäft 3236

Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung - Erziehung - Kultur, erläutert, dass auf die im Kinder- und Jugendzahnpflegereglement vom 27.5.1998 verankerte Verwaltungsgebühr von CHF 12.-- verzichtet werden soll, wenn es sich um reine Kontrolluntersuchungen ohne Kariesbefund und ohne weitere Behandlungen handelt. Dies im Sinne der Förderung einer kariesfreien Jugend. Damit diese Aenderung, welche bereits im Januar 1999 vom Gemeinderat gutgeheissen wurde, rechtens ist, muss § 10 des Reglementes ergänzt werden.

EINTRETENSDEBATTE

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, ist sehr erfreut über diese Verbesserung in der Kinder- und Jugendzahnpflege zugunsten der Kinder und Familien in Allschwil und spricht sich für Eintreten aus.

Mathilde Oppliger, namens der CVP/SVP-Fraktion, ist ebenfalls für Eintreten.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, gibt ebenfalls Zustimmung zum Eintreten bekannt, teilt aber gleichzeitig mit, dass sich eine Mehrheit der Fraktion der Stimme enthalten wird.

DETAILBERATUNG

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, erkundigt sich, warum die – durchaus positive – Neuerung in § 10 des Reglementes als „Kann“-Formulierung geregelt ist.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** versteht die Formulierung in dem Sinne, dass der Gemeinderat im Falle einer Einführung von neuen Taxpunkten bei den in Abs. 3 genannten Behandlungen von der Gebühr befreien kann.

Für **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, bestehen einige Unklarheiten: Müssen während einer zahnärztlichen Kontrollsituation sämtliche 13 genannten Taxpunkt-Positionen oder nur 1 ausgeführt werden? Welche Auswirkungen hat dies auf die Behandlungskosten?

Beatrice Fuchs: Sobald einer dieser Taxpunkte in der Zahnarztrechnung aufgeführt ist, entfallen die CHF 12 Gebühr, um die kariesfreien Schüler/innen zu belohnen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, stellt Antrag, das Anliegen von Dr. Ivo Corvini betreffend „kann“-Formulierung im gemeinderätlichen Antrag des Berichts in einen Antrag umzuwandeln.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** übernimmt die Aufgabe, die Formulierung zu Handen der 2. Lesung zu überprüfen:

§ 10 Verwaltungsgebühr

Absatz 3, NEU

*Bei konservierenden Behandlungen **kann** der Gemeinderat Abrechnungen über Kontrolluntersuchungen sowie gleichzeitig erfolgte prophylaktische Behandlungen von der Gebühr befreien.*

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird die Teilrevision des Reglementes für Kinder- und Jugendzahnpflege vom 27.5.1998 (§ 10 Verwaltungsgebühr) in erster Lesung beraten.